

**HERBSTTAGUNG  
DER PARLAMENTARISCHEN VERSAMMLUNG DER OSZE  
Portoroz, Slowenien, 29. September bis 1. Oktober 2007**

Die Herbsttagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE (OSZE PV) fand vom 29. September bis 1. Oktober 2007 in Portoroz (Slowenien) statt. Das Programm umfasste die „Konferenz über Sicherheit durch Kooperation in Südosteuropa“, eine Sitzung des Ständigen Ausschusses sowie die Tagung des Forums Mittelmeer der OSZE PV zum Schutz von Minderheiten. Die Konferenz über Sicherheit und Kooperation in Südosteuropa, die von der Parlamentarischen Troika für den Stabilitätspakt in Südosteuropa organisiert wurde, stand unter dem Thema: „Sicherheit durch Kooperation in Südosteuropa: Die Rolle der Parlamentarier“.

An der Herbsttagung nahmen mehr als 130 Parlamentarier aus den OSZE-Mitgliedsländern teil. Von deutscher Seite waren die Abg. Hans Raidel (CDU/CSU), Schatzmeister der OSZE PV, und Abg. Hedi Wegener (SPD) vertreten.

**Künftige Termine:**

Wintertagung:	21. bis 22. Februar 2008, Wien (Österreich)
Präsidium:	14. April 2008, Kopenhagen (Dänemark)
Jahrestagung:	29. Juni bis 3. Juli 2008, Astana (Kasachstan)
Herbsttagung:	18. bis 21. September 2008, Toronto (Kanada)

**Samstag, 29. September 2007**

## **Konferenz über Sicherheit durch Kooperation in Südosteuropa – Die Rolle der Parlamentarier**

### Eröffnungssitzung

Die Konferenz wurde durch den Präsidenten der OSZE PV **Göran Lenmarker** (Schweden) eröffnet. In seinen einleitenden Bemerkungen wies er auf die Bedeutung des interparlamentarischen Dialogs und die Rolle der Parlamentarier hin, die für die langfristige Sicherheit in dieser Region wichtig seien.

**France Cukjati** (Präsident der slowenischen Nationalversammlung) unterstrich dies, indem er sich dafür aussprach, den westlichen Balkan politisch prioritär zu behandeln. Angesichts der Unsicherheiten über die Zukunft des Kosovo müsse der Region international mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die Parlamentarische Versammlung der OSZE sei durchaus in der Lage, Lösungen für die drängenden Probleme des westlichen Balkans aufzuzeigen. Er betrachte aus diesem Grund die internationale Zusammenarbeit der Parlamentarier als immer notwendiger und wichtiger.

Die nationalen Parlamente müssten sich den komplexen internationalen Problemstellungen in stärkerem Ausmaße als bisher annehmen, ergänzte **Josep Borrell**, ehemaliger Präsident des Europäischen Parlamentes und derzeitiger OSZE-Sonderbeauftragter in Georgien. Er halte dies für unumgänglich, da die Verflechtung von internationalen und nationalen Angelegenheiten immer stärker zutage trete. Der Umgang mit der Kosovo-Frage werde zudem große Auswirkungen auf die Zukunft des Balkans haben. Er appellierte an den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, eine einheitliche Position in Bezug auf den künftigen Status des Kosovo zu entwickeln. Aus seiner Sicht sei die konventionelle Abrüstung ein weiteres wichtiges Thema, mit dem sich die OSZE zum gegenwärtigen Zeitpunkt befassen müsse. Gleiches gelte für Themen wie die Beziehungen Russlands zu Georgien und die Zukunft von Afghanistan.

**Matjaz Sinkovec**, Staatssekretär im slowenischen Außenministerium, ermunterte die OSZE PV dazu beizutragen, die OSZE als Organisation mit „visionärem Denken“ voranzubringen. Die OSZE habe die Aufgabe, Stabilität, Demokratie und die Achtung der Menschenrechte auf dem gesamten Balkan zu fördern. Slowenien sei stolz, 2008 die EU-Ratspräsidentschaft zu übernehmen, und sein Land werde alles tun, um die Kosovo-Problematik einer Lösung näherzubringen.

### Sitzung 1: Dezentralisierung und kommunale Selbstverwaltung in Südosteuropa

Im Rahmen der von Abg. **Barbara Haering** (Schweiz) moderierten Sitzung wurden Möglichkeiten erörtert, ob und wie durch eine Verlagerung von Kompetenzen auf die kommunale Ebene den vorhandenen ethnischen Spannungen auf dem Balkan begegnet werden könne.

**Antun Palaric**, Staatssekretär in der Zentralstelle für Staatsverwaltung in Kroatien, verwies in seinem Beitrag auf eine Entscheidung des kroatischen Parlaments aus dem Jahr 1992, derzufolge beim Aufbau der regionalen und lokalen Verwaltungen die Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung als Leitlinie herangezogen werden sollte. Kroatien habe in diesem Zusammenhang Provinzen als Einheiten der regionalen Selbstverwaltung und Städte und Gemeinden als Einheiten der kommunalen Selbstverwaltung geschaffen. Die ersten Wahlen im Jahr 1993 hätten den Beginn der demokratischen kommunalen Verwaltung in Kroatien markiert. Die Regierung übertrage möglichst viele Zuständigkeiten auf die Bezirksverwaltungen. Bei den Repräsentanten auf lokaler Ebene sei gewährleistet - auch in Zusammenarbeit mit der OSZE -, dass ethnische Minderheiten angemessen repräsentiert seien.

**Trifun Kostovski**, Bürgermeister von Skopje (Mazedonien), sprach von einem „schwierigen und komplexen“ Aufbau einer lokalen Selbstverwaltung. Er befürworte die Dezentralisierung, denn um Bürgernähe zu gewährleisten, müsse die Verantwortung auf die kleinste mögliche Einheit übertragen werden. Seines Erachtens könne die euro-atlantische Staatengemeinschaft allerdings mehr tun, um solche Prozesse in den Reformländern zu unterstützen.

In der darauf folgenden Diskussion betonten die Parlamentarier die Bedeutung der Dezentralisierung als einem Element zur Verminderung von Spannungen zwischen den Ethnien. Sie waren sich darin einig, dass die OSZE helfen könne, die grenzübergreifende Kooperation lokaler Verwaltungen auszubauen.

### Sitzung 2: Bildung als Grundlage für die Sicherheit: Den Nachbarn kennen

**Smiljana Knez** (Außenministerium Slowenien) wies auf die Bedeutung der Menschenrechte als fundamentale Grundlage für ein friedliches Zusammenleben hin. Es gebe keine Sicherheit ohne die Kenntnis und die Achtung dieses Rechtskanons. Slowenien habe nach Kräften zur Schaffung des neuen Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen beigetragen und sei auch Mitglied des neuen Gremiums. Sie halte es für notwendig, dass dieses Thema bei jeder Konferenz auf der Agenda stehe. Ihrer Meinung nach leiste die OSZE einen wichtigen Beitrag zur der Aufgabe, die Jugend in Fragen der Menschenrechte zu unterrichten.

**Mirko Markovic** (Ministerium für Wissenschaft, Erziehung und Sport, Kroatien) wies auf die Bedeutung von multilingualen Schulen in der von hoher ethnischer Vielfalt geprägten Region Ostslawonien hin. Die serbischen, ungarischen und ukrainischen Minderheiten der Region würden in ihrer Muttersprache unterrichtet und erlernten gleichzeitig die Grundlagen der Geschichte und der Gesellschaft Kroatiens. Darüber hinaus gebe es Unterrichtskurse, die von allen Schüler gemeinsam besucht würden.

**Aida Premilovac** (Mitglied der OSZE-Mission für Bosnien-Herzegowina) betonte, dass Sicherheitsfragen sich keineswegs auf militärische Aspekte beschränkten. Die Bedeutung von Erziehung und Bildung für die langfristige Zukunft Bosnien-Herzegowinas werde erst jetzt gebührend gewürdigt und berücksichtigt, auch weil alle Beteiligten in den ersten Nachkriegsjahren mit dem grundlegenden Aufbau der staatlichen Strukturen beschäftigt gewesen seien. Zurzeit seien noch keine wesentlichen Fortschritte in diesem Bereich zu verzeichnen. Die Schulen tendierten noch dazu, die Grenzen zwischen den Ethnien nicht aufzulösen. Bosnier, Kroaten und Serben seien in den Schulen getrennt und säßen in aller Regel auch in unterschiedlichen Klassenräumen. Diese Tatsachen seien für sie Anlass, die OSZE

und andere internationale Organisationen aufzufordern, Konsequenzen aus der Bedeutung von Bildung für die Sicherheit des Landes und der Region zu ziehen und mit mehr Nachdruck die nötigen Reformen einzufordern.

**Alajdin Abazi** (Rektor Südosteuropa-Universität, Mazedonien) erläuterte den multiethnischen Ansatz seiner Bildungseinrichtung. Die Universität sei 2001 gegründet worden und habe das langfristige Ziel, die Bildung demokratischer Persönlichkeiten zu fördern. Um dies zu bewerkstelligen, sei die Schaffung eines gegenseitigen, multiethnischen Verständnisses sowie die Bereitstellung einer multilingualen Ausbildung unumgänglich. Die Universität verlange daher von ihren Studenten fundierte Kenntnisse der albanischen, mazedonischen sowie der englischen Sprache.

In der auf diese Beiträge folgenden Diskussion stellten die Abgeordneten die Bedeutung und die Funktion von Bildung heraus und betonten, dass sie eine wichtige Grundlage für die Entwicklung von Sicherheit auf dem Balkan darstelle.

**Sonntag, 30. September 2007**

### Sitzung 3: Regionale Kooperation in der Energiesicherheit

**Renaud van der Elst**, Energieexperte und Mitglied des Stabilitätspaktes für Südosteuropa, äußerte sich zu den Herausforderungen des „Energy Community Treaty (ECT)“. Dieser zwischen der EU und den Ländern Südosteuropas abgeschlossene Vertrag habe das Ziel, mit einer stabilen und verlässlichen Energieversorgung zu Wachstum und sozialem Zusammenhalt in der Region beizutragen. Ziel sei ein gemeinsamer Energiemarkt, von dem auch Gesamteuropa profitieren würde. Problematisch bei der Verwirklichung des Vorhabens sei die Finanzschwäche der Länder der Region, da notwendige Investitionen in die Infrastruktur nicht getätigt würden. Voraussetzung für das Funktionieren des Vertrages seien jedoch stabile politische Verhältnisse, die - seiner Meinung nach – ganz entscheidend von dem Umgang mit Minderheiten abhingen. **Van der Elst** wies

allerdings auch auf das Problem hin, dass der angestrebte gemeinsame Markt zu höheren Preisen und einer Zunahme der Arbeitslosigkeit führen könne.

Die Herausforderungen, die im Zusammenhang mit Energie- und Umweltfragen entstehen und ihre Rolle im Hinblick auf die Sicherheit in der Region, waren die Themen des Beitrages von **Jelena Beronja** (Initiative für Umwelt und Sicherheit in Südosteuropa, einem Gemeinschaftsprojekt der Vereinten Nationen, der NATO und der OSZE). Sie erklärte, dass es ein vorrangiges Ziel sein müsse, einen (gesetzlichen) Rahmen für einen kooperativen und nachhaltigen Umgang mit Umweltressourcen zu schaffen. Hinter dem Sammelbegriff „Energiesicherheit“ stünden Fragen nach dem Energieangebot, der Bedrohung durch den Terrorismus, der Preisentwicklung und der Diversifizierung von Energiequellen. Die OSZE habe in erster Linie die Aufgabe, die politische Unterstützung zu sichern und durch die Missionen vor Ort einzelne Projekte voranzutreiben. Aufgabe der NATO sei es, die notwendige Sicherheit herzustellen, damit an diesen Projekten weiter gearbeitet werden könne.

In der Diskussion sprachen sich die Abgeordneten für die Notwendigkeit aus, Energieformen und Lieferanten zu diversifizieren, um gegenseitige Abhängigkeiten zu vermeiden bzw. zu reduzieren. Die OSZE könne eine wichtige Rolle in den Bemühungen bei einer Verbesserung der Energieversorgung spielen, z. B. durch Förderung und Organisation regionaler Kooperationen.

### Schlussitzung

**Gergana Grancharova** (Europaministerin, Bulgarien) sprach sich für die Verbesserung des Stabilitätspaktes für Südosteuropa aus. Der Pakt sei das zentrale Instrument, um die Länder der Region auf eine Integration in die euro-atlantischen Strukturen vorzubereiten. Die Mitgliedschaften in der NATO und in der EU sollten die ultimativen Ziele der Bemühungen sein. Bulgarien jedenfalls unterstütze die Aufnahme der Länder des westlichen Balkans in diese Organisationen.

Präsident **Göran Lenmarker** (Schweden) nannte die Region Südosteuropa ein gutes Beispiel für die „OSZE bei der Arbeit“. Mit ihren zahlreichen Missionen vor Ort leiste die Organisation einen wichtigen Beitrag zur Stabilität in der Region. Mit den Themen Bildung und Energie habe sich die OSZE PV mit zwei entscheidenden Themengebieten befasst. Wie wichtig eine qualitativ hochwertige Ausbildung der Schüler und Studenten, auch in Bezug auf die Aufarbeitung der Vergangenheit und das Zusammenleben der Ethnien sei, habe die Konferenz deutlich gemacht. Eine nachhaltige Energiepolitik müsse dafür Sorge tragen, dass eine Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen vermieden werde. Den „reichen“ Ländern käme die verantwortungsvolle Aufgabe zu, in diesen Fragen Verantwortung und Führungsqualitäten zu übernehmen. Nach seiner Überzeugung werde der Umgang mit dem Kosovo-Konflikt die Zukunft der Region maßgeblich beeinflussen. Auch die Vereinten Nationen spielten in diesem Zusammenhang eine Rolle. Für die Europäer komme es darauf an, sich in dieser Frage nicht spalten zu lassen und mit einer Stimme zu sprechen.

#### Sitzung des Ständigen Ausschusses

Abg. **Hans Raidel** (Deutschland), Schatzmeister der OSZE PV, stellte in seinem Bericht dar, dass die Ausgaben der Versammlung niedriger als die Einnahmen seien und dies den Grundsätzen einer vernünftigen Haushaltsführung entspreche. Bis auf zwei Länder sei von allen Mitgliedern der Beitrag pünktlich überwiesen worden. Abg. **Raidel** dankte dem dänischen Parlament für die Unterstützung des internationalen Sekretariats in Kopenhagen und der österreichischen Delegation für die Unterstützung des Verbindungsbüros in Wien. Die Arbeitsbelastung der Mitarbeiter der Versammlung nehme zu, so dass neue Stellen geschaffen werden müssten. Dies sei auch eine Folge der enormen Ausweitung der Wahlbeobachtungen durch die OSZE PV. Es stelle sich die Frage, ob die nationalen Parlamente nicht mehr Geld in die OSZE PV investieren sollten. Hier sehe er in naher Zukunft Diskussionsbedarf.

Generalsekretär **Spencer Oliver** (OSZE PV) bestätigte den Bedarf des internationalen Sekretariats nach mehr Personal. Er schließe sich der Anregung des Abg. Raidel an, dies in naher Zukunft zu erörtern. Aus seiner Sicht gehöre zu den Problemfeldern der Versammlung auch die bislang unzulängliche Zusammenarbeit

mit ODIHR. Dies wirke sich vor allem bei Wahlbeobachtungen negativ aus. Der Generalsekretär rief zudem die Regierungen der OSZE-Mitgliedsländer auf, die Zusammenarbeit mit der Versammlung zu verbessern. Die Wahlbeobachter der OSZE PV sollten denselben Diplomatenstatus bekommen, wie ihn die Vertreter von Regierungen bei solchen Missionen innehätten. Abschließend wies er auf die nächste Jahrestagung hin, die vom 29. Juni bis 3. Juli 2008 in Kasachstan stattfinden werde.

Der Generalsekretär der OSZE, Botschafter **Marc Perrin de Brichambaut** (Frankreich), bekräftigt nochmals, dass die Charta von Paris die wichtige Rolle, die die Parlamentarier im KSZE-Prozess - jetzt OSZE - spielen könnten, anerkenne. Die OSZE befürworte auch weiterhin nachdrücklich die Arbeit der Parlamentarischen Versammlung.

## **Montag, 1. Oktober 2007**

### Mittelmeer-Forum

Der Generalsekretär der OSZE, Botschafter **Marc Perrin de Brichambaut** (Frankreich) berichtete über den Dialog der drei Ausschüsse der OSZE mit den südlichen Anrainern des Mittelmeeres. Zu den angesprochenen Themen hätten z. B. die Behandlung von Minderheiten, Umwelt- und Wirtschaftsfragen, die Versorgung mit Trinkwasser sowie die Fälschungssicherheit von Reisedokumenten und der Bau der geplanten Öl- und Gaspipeline „Nabucco“ von Zentralasien zum Mittelmeer gehört. Insgesamt gebe es ein kooperatives Arbeitsverhältnis, das projekt- und ergebnisorientiert sei.

Der Beauftragte des amtierenden Vorsitzenden der OSZE für die Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung von Muslimen, Botschafter **Ömür Orhun** (Türkei), begrüßte die Bemühungen der OSZE, den interkulturellen und interreligiösen Dialog zwischen den Regierungen und den Zivilgesellschaften zu fördern. Dieser Dialog helfe Missverständnissen vorzubeugen und gemeinsame Lösungen zu erarbeiten. Die Rahmenbedingungen für den Zusammenhalt in der Gesellschaft müssten von



den nationalen Regierungen geschaffen werden. Das schließe ein, dass sich auf allen staatlichen Ebenen die ethnische Vielfalt widerspiegeln müsse. Die Beziehungen zwischen Christen und Muslimen seien von Vorurteilen geprägt, und sie müssten oftmals als „nicht freundlich“ bezeichnet werden. Botschafter **Orhun** unterstrich, dass eine Hierarchie der Kulturen unbedingt vermieden werden müsse. Wünschenswert wäre, dass die Werte der Zivilisation als „kollektive Weisheit der Menschen“ das Miteinander von Menschen unterschiedlichen Glaubens leiteten. Botschafter **Orhun** rief abschließend die Versammlung auf, eine konstruktive Rolle bei der Förderung von Toleranz und Nicht-Diskriminierung zu spielen.

**Amin Khalaf** „Hand-in-Hand“-Zentrum für Jüdisch-Arabische Bildung in Israel, wies darauf hin, dass sich unter den sieben Millionen Einwohnern Israels 20 Prozent Araber und Christen befänden. Ziel des Zentrums sei es, Juden und Arabern einen Ort zu bieten, an dem sie sich treffen und an einer gemeinsamen Zukunft arbeiten könnten. Das Zentrum sei 1997 eröffnet worden und arbeite nach den Prinzipien Gleichheit, Bilingualismus und Multikulturalismus. Das Zentrum betreibe insgesamt 10 Schulen, an denen 5000 Schüler, die sich jeweils zur Hälfte aus Juden und Arabern zusammensetzten, ausgebildet würden. Diese Initiative erhalte viel internationale Unterstützung, unter anderem durch das Auswärtige Amt in Deutschland.

**Solomon Passy**, Mitglied des bulgarischen Parlaments und ehemaliger amtierender Vorsitzender der OSZE, lobte die Initiative „Hand in Hand“ und sprach sich dafür aus, diese gute Idee auch auf dem Balkan anzuwenden. Abg. **Passy** sprach sich weiter dafür aus, Libyen zum Mittelmeer-Forum der OSZE PV einzuladen, um die Integration des Landes in die regionalen Strukturen zu fördern. Libyen habe unlängst seinen guten Willen gezeigt, indem es die zum Tode verurteilten bulgarischen Krankenschwestern freiließ, die angeblich HIV-Infektionen von Kindern verursacht hätten. Er regte zudem an, dass die PV beim Annäherungsprozess zwischen Süd- und Nordkorea eine aktive Rolle einnehmen solle. Eine Zusammenarbeit der PV mit den Parlamenten beider Länder könne den Annäherungsprozess von Seoul und Pjöngjang unterstützen.